REDEBEITRAG: INSTITUTIONELLER RASSISMUS
Lara Schmidt

Wenn ich das Thema „Institutioneller Rassismus“ in Diskussionen anschneide, gucken mich meist zwei große, fragende Augen an, ein Masken-ähnliches Bild voller Unwissen – mal echt, mal gefaked.
Der Begriff „Rassismus“ selbst ist in aller Munde. Dass aber eines der Hauptprobleme mit Rassismus nicht im individuellen, sondern in eben jenem institutionellen oder auch strukturellen Rassismus liegt, wird meist ignoriert oder übergangen. Und das, obwohl es ein alltägliches Prinzip ist.

Trotzdem möchte ich kurz auf den individuellen Rassismus eingehen: Ja, das einzelne Mitglied der Gesellschaft kann rassistisches Gedankengut hegen und die meisten von uns tragen wohl zumindest das ein oder andere rassistische Vorurteil mit sich herum oder handeln auch aktiv danach - ob bewusst oder unbewusst. Dennoch bleiben all diese Handlungen von geringerem Belang, solange dieses Gedankengut nicht in Form von Handlungsinstrumenten ausgetragen wird.

Womit ich beim „Institutionellen Rassismus“ angelangt bin. Ein scheinbar hochkompliziertes, politisches Konstrukt, das eigentlich eine simple, schreckliche und vor allem alltägliche Form der Diskriminierung darstellt. Die systematische Ausgrenzung, Dehumanisierung, Benachteiligung und Herabsetzung von Menschen durch und in gesellschaftlichen sowie staatlichen Institutionen und Behörden. Dazu gehören z.B. die Polizei, Strafanstalten, die Medien, aber auch der Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Dieses Problem besteht schon seit Menschen angefangen haben, zu versuchen, ein bestimmtes Gedankengut in der Gesellschaft zu etablieren – und auch der moderne Nationalstaat Deutschland macht keine Ausnahme. Durch verschiedenförmige Gesetzgebungen und Anweisungen durch Ministerien oder Behörden verfeinern sie die schrecklichen Ideen zur legalen Ausgrenzung bestimmter Menschengruppen Tag für Tag. Und auch wenn wir im Zuge der Blacklivesmatter-Debatte verstärkt unseren Blick auf die USA richten, wenn wir z.B. George Floyds grausamem Tod gedenken, so dürfen wir doch nicht vergessen, genauso auf die schreckliche Situation in Deutschland aufmerksam zu machen.

Anstatt unser Asylsystem zu verbessern, setzen die Politiker:innen auf den Ausbau unmenschlicher Aufnahmeeinrichtungen. Die Menschen werden gezwungen, jahrelang unter schrecklichen Bedingungen zu warten, zusätzlich zu ihren traumatischen Fluchterlebnissen, mit Unsicherheit, Depression und Ängsten belastet – psychische Gewalt ist Alltagsgegenstand bei uns in Deutschland. Das darf nicht sein! Die Unterkünfte gleichen Massenlagern und so werden die Geflüchteten in Zeiten des Lockdowns und der absoluten Kontaktreduktion staatlich organisiert einem nicht vertretbaren Ansteckungsrisiko ausgesetzt.

Längst haben wir uns außerdem an die kleinen, unscheinbaren Berichte von Abschiebungen gewöhnt. Dass aber jede einzelne dieser Meldungen staatlich legitimierte Gewalt widerspiegelt, übersehen wir. Die Menschen werden entweder so sehr zermürbt, dass sie von selbst gehen, oder bei Weigerung letztendlich mit allen Mitteln gezwungen – auch Fesseln oder das Verabreichen von Beruhigungsmitteln sind legitim.

Besonders einprägsam erleben wir die Auswirkungen des institutionellen Rassismus derzeit auch an den Außengrenzen Europas, an denen tausende von Menschen in unwürdigen Verhältnissen um ihr Leben bangen. Diese Menschen nahmen eine tödliche Flucht auf sich, nur um nun in Lagern zusammengepfercht zu werden, ohne Elektrizität, fließendes Wasser, wärmende Hilfsmittel oder jegliche Corona-Maßnahmen. Was soll das?

Es kann nicht sein, dass seit vielen Jahren Geflüchtete protestieren und auf diese zahlreichen schrecklichen Missstände aufmerksam machen, und sich noch immer nichts geändert hat. Noch immer sitzen sie fest, eingesperrt in Lagern und frieren sich zu Tode.

Eine selbstorganisierte Flüchtlingsgruppe aus dem neuen Moria auf Lesbos wendete sich in einem Weihnachtsbrief an Europa. Sie schreiben: „Oft lesen und hören wir, dass wir in diesen Lagern wie Tiere leben müssen, aber wir denken, dass das nicht stimmt. Wir haben die Gesetze zum Schutz der Tiere in Europa studiert und wir haben herausgefunden, dass sogar sie mehr Rechte haben als wir. Wir würden uns freuen, wenn wir diese gewährt bekämen und versprechen, dass Sie keine Klagen mehr von uns hören werden. Nach einem schrecklichen Jahr, in dem wir hier leben mussten, ist dies unser Wunsch für Weihnachten.“
Lasst uns dafür sorgen, dass diese Menschen nicht nur wie Tiere, sondern wirklich nach würdevollen Menschenrechten behandelt werden. Wir alle – Unterstützende, Aktivist:innen, politisch Verantwortliche, Abschiebebehörden, ausführende Polizeibeamt:innen, Anwält:innen, Journalist:innen und so viele mehr, wissen, was passiert und sind uns der Auswirkungen des strukturellen Rassismus mehr als bewusst. Nur gemeinsam haben wir die Stimme, um etwas zu verändern. Lasst sie uns endlich erheben.

Menschenrechtsaktivist Malcolm X betonte in seiner Rede „Message to the Grassroots“: „All das geschieht fast unbemerkt. Friedlich.“ Und genau das ist es, was wir ändern müssen. Lasst uns laut werden und bleiben, um die schreckliche Situation an den EU-Außengrenzen endlich zu ändern. Uneingeschränkte Solidarität für die Menschen in den Lagern!